

Kirche zwischen Widerstand und Anpassung?

Mitteldeutscher Kirchentag
am 20. September 2009

Prof. Dr. Franz Segbers / Universität Marburg

I. Am Ende einer Epoche

Endlich haben die Kirchen in der größten Wirtschaftskrise seit Generationen sich zu Wort gemeldet und das im Doppelpack. Wenige Tage nach einem Wort des Rates der EKD veröffentlichte der Papst eine lang erwartete Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“. Das Prophetenwort „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ wird für die EKD zu einer Folie, die Zeichen der Zeit zu lesen. Die wirtschaftlichen Eliten haben diesen Riss durch ihre Verantwortungslosigkeit verursacht – so die EKD. Die Erfolgstory der Globalisierung weist Risse auf, die jetzt auch im Norden zu sehen sind.

Gewissheiten und Überzeugungen, die lange galten, seien dahin. Im Vorwort schreibt Bischof Huber: „Wo eben noch Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer galten, war plötzlich der Ruf nach dem starken Staat zu hören.“ Wenn es nicht zur Umkehr kommt, stützt die Mauer ein – die Risse kündigen es an. Im Sommer des letzten Jahres noch hatte die EKD am Vorabend des Ausbruchs der Finanzkrise eine Unternehmerdenkschrift veröffentlicht, die ihr wegen allzu großer Nähe zum neoliberalen Denken scharfe Kritik eingebracht hatte. Mit diesem Wort zur Wirtschaftskrise hat die EKD offensichtlich einen Kurswechsel vorgenommen. Es scheint, dass sie aus dieser Kritik gelernt hat.

So viel Ende war noch nie. Wir stehen zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer in Berlin abermals am Ende einer Epoche. Die Wirtschaft befindet sich im freien Fall und im Herbst wird die Krise den Arbeitsmarkt erreichen und Menschen direkt in Hartz IV stürzen. Die grundfalschen neoliberalen Überzeugungen schlagen jetzt auch auf den Norden zurück, nachdem sie lange genug die Menschen im Süden dieser Erde gepeinigt haben. Seit der neoliberalen Wende hat es über zehn große Finanzkrisen gegeben, so in Mexiko, Argentinien, Russland, Südostasien. Jetzt auch in den USA und Westeuropa. Nun wird auch dem letzten Optimisten klar werden: wir durchleben jetzt die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der großen Depression.

Jetzt holt uns ein, was zwanzig Jahre verdrängt worden ist. Der Taumel der Wiedervereinigung hat verdrängt, was nachdenklichen Menschen im Osten und im Westen längst bekannt war. Der Kapitalismus des Westen war nicht zukunftsfähig – wie der Osten mit seinem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem auch nicht. Erinnern Sie sich noch an den Konziliaren Prozess in Leipzig- Magdeburg, Dresden, Stuttgart und Basel in den Jahren vor 1989? Umkehr und Hinkehr zum Schalom Gottes waren die Stichworte. Daraus geworden ist eine bloße Hinkehr zum Westen geworden. Er bekam eine Schonfrist. Wir haben sie nicht genutzt und jetzt stehen wir wiedervereinigt vor einem Trümmerhaufen.

II. Die verdrängte Lage von 1989 holt uns jetzt wiedervereinigt ein. Es gab eine Wende vor der Wende

Im nationalen Taumel der Wiedervereinigung ging der erste Armutsbericht unter, der in Deutschland erschienen war. Im selben Monat, in dem die Berliner Mauer fiel, hatte der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) den ersten Bericht über Armut in Deutschland unter dem bezeichnenden Titel „...wessen wir uns schämen müssen“ veröffentlicht. Abermals stehen Jubelfeiern über „Zwanzig Jahre deutschen Einheit“ an und der DPWV veröffentlicht einen Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Deutschland ist nicht wiedervereinigt, auch nicht zweigeteilt zwischen Ost und West sondern dreigeteilt: Ostdeutschland, Nordwestdeutschland und der süddeutsche Bereich. Dies zeigt, dass eine Fortsetzung des Versuches, die westdeutsche Entwicklung bis 1990 in den neuen Bundesländern nach 1990 nachzuholen, zum Scheitern verurteilt war: Auch die Regionen im Westen, die unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, konnten nicht aufholen.

Der Beitritt der damaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland war ein Beitritt in eine bereits zutiefst gespaltene Gesellschaft, in einen beschädigten Sozialstaat und eine ausgehöhlte Soziale Marktwirtschaft. Es gibt eine Wende vor der Wende, bei dem der Abbau des Sozialstaates eingeleitet wurde: Bis 1989 waren also bereits alle jene Politikfelder des Wohlfahrtsstaates aufgebrochen, die sich seitdem noch weiter verschärft haben: Spaltung der Gesellschaft, Abbau des Sozialstaates, Kürzungen im Gesundheitswesen, Privatisierungen, Arbeitszeitreformen, Schwächung der Gewerkschaften. Politiker und Wirtschaft nutzten die Chance der Wiedervereinigung für tiefgreifende Weichenstellungen.

Der Beitritt der DDR war ein Beitritt in eine gesplante Gesellschaft. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gab es bereits über zwei Millionen Arbeitslose. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hatte eine Rekordmarke erreicht. Seitdem ist die Schere zwischen Arm und Reich erheblich weiter auseinander gegangen. Deutschland befindet sich auf dem Höhepunkt seiner Reichtumsentwicklung. Lassen sich mich zur Verdeutlichung der sozialen Gerechtigkeitslücke nur einige wenige, neuere statistische Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland anführen¹, also zu einer für die Eigentumsverhältnisse besonders aussagekräftigen Kategorie: Das Nettogesamtvermögen betrug 2007 in Deutschland 6.6 Billionen €. An dieser Summe hatten 50 % aller Haushalte überhaupt keinen Anteil, d. h. die unteren fünf Dezile gingen sozusagen leer aus. Das reichste eine Prozent der Haushalte verfügt über 23 % des Vermögens. Der Beitritt der DDR war also ein Beitritt in eine gesplante Gesellschaft und in eine ausgehöhlte Soziale Marktwirtschaft. Eine Gesellschaft, deren Reichtum so schief verteilt ist und so ungerecht ist, verdient nicht, Soziale Marktwirtschaft genannt zu werden. Dieser Schein ist zusammengebrochen. Der Kaiser ist nackt. Wir leben im ganz normalen Kapitalismus, der sich den barmherzigen Mantel „Soziale Marktwirtschaft“ umgelegt hat.

Wie Schuppen fällt es immer mehr Menschen von den Augen, dass diese Krise keine rein ökonomische Krise ist. Sie ist auch eine Krise der herrschenden Ideologie und Politik. Alte Gewissheiten in der Ökonomie entpuppen sich als Luftblasen. Die Ökonomen, die jahrelang so sicher waren, die ihre Wahrheiten in Talkshows verkündet haben, sind ratlos. Der Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann bekennt, vom Glauben abgefallen zu sein: „Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes.“ Reflektierte Ökonomen wie der Vorsitzende der Vereinigung deutschsprachiger Ökonomen Friedrich Schneider bekennen ihr Scheitern: „Wir sind am Ende. Wir haben keine Theorie, mit der wir die Krise erklären können.“ Man hatte uns ja jahrelang gepredigt, dass der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalten soll. Die Finanzmärkte seien die fünfte Macht im Staate – so der Chef der Deutschen Bank Breuer. Da die Finanzmärkte tagtäglich die Politik an den Börsen beurteilen, seien sie besser geeignet, vernünftige Politik zu erzwingen. Im Klartext: Wenn die Politik eine Politik im Interesse der Finanzmärkte und der Anleger macht, gehen die Börsenwerte nach oben. Doch wenn eine Politik für die Menschen

¹ DIW Wochenbericht, 4/2009, 21. Jan. 09

und deren Lebensinteressen gemacht wird, dann gehen die Kurse nach unten. Politik im Interesse der Märkte heißt: Löhne senken, Lohnnebenkosten runter, Regelsätze für arbeitslose absenken. Der frühere Chef der deutschen Bundesbank Hans Tietmeyer hat ja unverhohlen gesagt: „Die Politik ist längst unter die Kontrolle der Finanzmärkte geraten.“

III. Kirche am Sterbebett des Neoliberalismus

Diese Zeiten des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft sind vorbei. Da wundert man sich, wenn die Denkschrift der EKD zur unternehmerischen Verantwortung vom Juli letzten Jahres die „Begrenzung der staatlichen Regulierung auf das Notwendigste“ (Ziff. 44) fordert. Sie empfiehlt eine kapitalgedeckte Altersvorsorge und jetzt droht die Finanzkrise die private Altersvorsorge vieler Menschen zunichte zu machen. (Ziff. 67) Eine gesetzliche Regulierung von Hedgefonds, den „Heuschrecken“, so die Denkschrift sei international nicht durchsetzbar (Ziff. 81) – doch just dies haben die G 20 in London getan. Wenn die Denkschrift dann auch noch bei höchsten Gehältern zu der Einschätzung kommt, dass „eine unmittelbar gesetzliche Begrenzung der Dotierung kaum die gewünschten Ergebnisse zeigen würde“ und „dringend einen freiwilligen (!) Verhaltenskodex“ (Ziff. 93) empfiehlt, dann fällt die Denkschrift auch hier gegenüber der Politik zurück, die längst Vorgaben für Gehälter gemacht hat.

Wer wie die Denkschrift nur auf „ethisches Bewusstsein, klare Orientierung und Gebote“ (116) der Unternehmer setzt, um menschenunwürdigen Entwicklungen vorzubeugen, macht sich dadurch kompatibel mit einem neoliberalen Staats- und Wirtschaftsverständnis und gerät so prompt in die neoliberale Falle.

Die Denkschrift behauptet z. B. von dem Gleichnis des reichen Mannes und des armen Lazarus (Lukas, Kap. 16): Zu verdammen sei nicht, dass der Reiche „sich in Purpur und kostbares Leinen kleidete und alle Tage herrlich und in Freuden lebte“, wohl aber, „dass er den Armen vor seiner Tür einfach übersieht“ und damit „die Weisungen des Gesetzes und der Propheten ignoriert. Aber „Mose und die Propheten“, wie Jesus sagt, verlangen mehr: Erstens soll es Arme überhaupt nicht geben. Zweitens, wenn es sie dennoch gibt, so ist dies eine Schuld der Reichen, die ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, Armut zu bekämpfen. Die Denkschrift aber

macht ihnen ein gutes Gewissen und ist zu eben diesem Zweck verfasst worden.

Indem sie die von der Ökumene gestellten fundamentalen Systemfragen und die biblisch-theologischen Kriterien der Beurteilung und des Handelns bewusst ausblendet, legitimiert sie faktisch den in die Krise geratenen herrschenden Neoliberalismus. Die Denkschrift behauptet, Marktwirtschaft sei ja „am besten geeignet, Wohlstand für viele und eine soziale Mindestsicherung für alle zu schaffen“. Im Klartext: Nicht mehr Ludwig Erharts Losung „Wohlstand für alle“ ist die Leitlinie, sondern Wohlstand nur für viele und für den Rest eine soziale Mindestsicherung, Hartz IV nämlich.

IV. Zwischenüberlegung: Der Ort der Kirche

In der DDR gab es eine Debatte über den gesellschaftlichen Ort der Kirche im Sozialismus. Heino Falcke hielt 1972 hielt auf einer Synode des Kirchenbundes eine Rede, in der er vom Christusglauben her begründete, dass Christen in der DDR sich für einen „verbesserlichen Sozialismus“ einsetzen müssten. Die SED reagierte wütend, weil der Sozialismus für verbesserungsbedürftig erklärt wurde. Andere in der Kirche gingen in Reserve, weil Falcke den Sozialismus für verbesserungsfähig hielt. 1989 meinten nicht wenige wie mit Siegesgeheul, dass der Sozialismus von jeher unverbesserlich gewesen sei. Doch zwanzig Jahre später zeigt sich, dass das System, das sich als „Ende der Geschichte“ gedünkt hatte, selber am Ende ist. So viel Ende war noch nie. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde die DDR-Gesellschaft eingeladen, vom Wagon dritter Klasse aufzurücken in die zweite Klasse. Doch jetzt sehen wir: Wenn Zug in die falsche Richtung fährt, ist es egal, in welcher Klasse man sitzt.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte hat deutlich gemacht, wie krisenanfällig und zerstörerisch der globale Kapitalismus ist. Schon immer hatten die Menschen im Süden – verschärft durch die Verschuldungskrise und das Platzen der bisherigen Finanzblasen – die Hauptlasten für das vom Norden dominierte kapitalistische Wirtschafts- und Lebensmodell zu tragen. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit den sozialen und ökologischen Zerstörungsprozessen kapitalistischer Globalisierung hatten Kirchen des Südens, unterstützt vom Ökumenischen Rat der Kirchen, zu einem Bekenntnisprozess gegen die neoliberale Globalisierung aufgerufen. In Accra

hatte der Reformierte Weltbund ein System in Frage gestellt, das „den Profit über Menschen stellt, nicht für die ganze Schöpfung sorgt, und jene Gaben Gottes, die für alle gedacht sind, als Privateigentum ansieht.“ Während also die weltweite Ökumene die tödlichen Folgen der Globalisierung zu entlarven sucht und Alternativen einfordert, spricht die EKD-Denkschrift von Sozialer Marktwirtschaft und untermauert dadurch ein System ethisch, das in soziale und ökologische Katastrophen führt.

Dass der Staat regulierend in den Markt eingreifen müsse, ist eine Grundüberzeugung, die bereits auf dem Gründungskongress des Evangelisch-Sozialen Kongresses der Ökonom Adolf Wagner 1890 beschrieben hatte. Er fragt: „Wo, wie und wann muss die Staatsgewalt in die Wirtschaft eingreifen?“ Dann gesteht er ein: „Wir haben den ungeheuren Fehler gemacht, zu wähnen, dass aus vollkommener Freiheit der wirtschaftlichen Bewegungen das Heil komme, während wir doch mit möglichst festen Normen des Rechts und der Sitte den wirtschaftlichen Egoismus einengen müssen.“ Der Grundgedanke einer Sozialreform durch gestaltende Tätigkeit des Staates aus einer ethischen Überzeugung heraus, ist der entscheidende sozialpolitische Beitrag des Protestantismus seit den Anfängen des Sozialstaates in der Bismarckzeit. Die staatspolitisch und demokratisch war die „Thron-und-Altar-Ehe“ sicherlich höchst problematisch, sozialpolitisch jedoch ertragreich. Denn der Staat wurde nicht allein als Macht- oder Rechtsstaat begriffen, sondern als Sozialstaat. Entscheidend für die sozialetische Tradition des deutschen Sozialen Protestantismus ist, nicht von der Summe der einzelnen „ehrbaren Kaufleute“ einen verbesserten Kapitalismus zu erwarten, sondern gerade von einem handlungsfähigen und handlungswilligen Staat, der die Handlungsfreiheit der Unternehmer begrenzt. Dass ein einzelner Unternehmer seine Kosten minimieren will und muss, liegt in der Logik des Systems und ist ihm auch im Blick auf seine Person nicht vorzuwerfen. Damit diese Logik aber nicht zerstörerisch wirkt, muss sie durch Recht und gesellschaftliche Gegenmacht wie durch die Gewerkschaften begrenzt werden. Den Vorrang hat die Verantwortung der Politik für eine „bewusst soziale Steuerung des Marktes“ (Ziff. 143, Sozialwort), erst nachgeordnet und nachrangig ist der moralbewusste „ehrbare Kaufmann“ in seiner Verantwortung gefordert. Eben diese Reihenfolge und Gewichtung aber revidiert die Denkschrift. Wer wie die Denkschrift nur auf „ethisches Bewusstsein, klare Orientierung und Gebote“

(Vorspann zu Ziff. 125) der Unternehmer setzt, um menschenunwürdigen Entwicklungen vorzubeugen, verzichtet auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen und lässt zu, dass sich die Krisen verschärfen.

Geschrieben wurde die Denkschrift am Vorabend der Wirtschaftskrise. Altes Denken prägt die Denkschrift. Sie ist politisch, wirtschaftlich und sozial von gestern. Die Denkschrift sagt: „Aus seinem Geist (des evangelischen Glaubens) erwächst die Entscheidung für eine Wirtschaftsordnung in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft“ (12). Dass es sich aber bei der Sozialen Marktwirtschaft immer auch um eine kapitalistische Marktwirtschaft handelt, sagt die Denkschrift nicht. Mag sie sozial abgefedert, sozial gebremster oder gebändigter Kapitalismus sein, sie ist ein im Kern kapitalistisches Wirtschaftssystem. Alfred Müller-Armack hatte die Soziale Marktwirtschaft als eine „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ verstanden. Der Staat sei deshalb verpflichtet, die Wirtschaft so zu steuern, dass auch Wohlstand für alle entstehen kann. Die Wirklichkeit von drei Millionen armen Kindern, mehr als achthundert Tafeln für Bedürftige und über sechs Millionen Beschäftigten im Niedriglohnssektor – während Deutschland so reich wie nie zuvor ist – verdient nicht die Bezeichnung einer Sozialen Marktwirtschaft.

Lässt sich Heino Falckes Plädoyer für einen verbesserlichen Sozialismus auf einen verbesserlichen Kapitalismus übertragen? Ist die Arbeit an einem verbesserlichen Kapitalismus sinnvoll und nötig? Wie könnte sie aussehen? Wenn wir diese Fragen beantworten wollen, dann brauchen wir eine grundlegende Analyse.

V. Gott oder Mammon

Luther spricht in seiner Auslegung des ersten Gebotes von der Antithese Gott oder Mammon den Kern des Kapitalismus an. Die Macht des Geldes war für ihn nicht ein ethisches, sondern ein Thema, das in den theologischen Kernbereich, nämlich die Gottesfrage gehörte: „Ein Gott heißt das, von dem man alles Gute erwarten und bei dem man Zuflucht in allen Nöten haben soll, so dass ‚einen Gott haben‘ nichts anderes ist, als ihm von Herzen trauen und glauben; wie ich oft gesagt habe, dass allein das Vertrauen und Glauben des Herzens beide macht: Gott und Abgott. (...) Woran Du nun (sage ich) Dein Herz hängst und Dich darauf verlässt, das ist eigentlich dein Gott. (...) Es ist mancher, der meint, er habe Gott und alles genug,

wenn er Geld und Gut hat; er verlässt und brüstet sich darauf so steif und sicher, dass er niemand etwas gibt. Siehe: dieser hat auch einen Gott, der heißt Mammon, das ist Geld und Gut, darauf er all sein Herz setzt, was auch der allgewöhnlichste Abgott auf Erden ist.“

Nach Luther genügt es also nicht, überhaupt einen Gott zu haben. Entscheidend ist vielmehr die Frage: Welcher Gott wird verehrt? Luther spricht hier nicht abstrakt von dem Menschen, sondern von der Situation des Menschen im Frühkapitalismus. Fragen wir also nüchtern, klar und analytisch: Vor wem oder was gehen wir in die Knie und beugen uns? Wem opfern wir? Welcher Gott wird verehrt in unserer Gesellschaft? Ob Menschen sich religiös verstehen oder nicht, ist für Luther nicht die entscheidende Frage. Entscheidend ist die Sachfrage: Wer oder was wird verehrt? Welche Opfer werden gebracht?

Die philosophischen und religiösen Traditionen seit dem Aufkommen der Geldwirtschaft in der Antike und in der Bibel wissen um die Gefährdung durch eine grenzenlose Kapitalvermehrung. Zahlreich sind deshalb die Klagen in der Antike über die negativen Folgen des Geldsystems. Aristoteles sagt: „Alle Geschäftemacher nämlich wollen ins Unbegrenzte hinein ihr Geld vermehren.“ Die Bibel unterscheidet sich in keiner Weise von dieser vorherrschenden Einschätzung des Geldes in der Antike: „Wer das Geld liebt, bekommt vom Geld nie genug“ (Pred. 5,9). Paulus mahnt in seinem Brief an Timotheus: „Denn die Wurzel aller Übel ist die Habsucht“ (1Tim 6,10). Die neutestamentlichen Schriften fassen ökonomische Entfremdung als eine religiöse Entfremdung auf, wenn es heißt: „Niemand kann zwei Herren dienen ... Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6,24). Mammon ist nicht einfach Reichtum. Mammon ist eine Haltung, die die permanente Geldvermehrung herbeiwünscht und verehrt. Mit Gott und Mammon werden zwei konkurrierende Gottesverständnisse thematisiert, wobei Geld eben als ein „falscher“ Gott bezeichnet wird, der real und gleichsam mit Händen zu fassen, die Gesellschaft dominiert.

Die biblische Mammonkritik analysiert den Geldmechanismus, insofern er sich dominierend auswirkt und den Prozess der unendlichen Geldvermehrung befördert. Sie bewertet diesen Sachverhalt ethisch und theologisch. Das Geldsystem des Mammon herrscht dann, wenn die permanente Geldvermehrung als oberstes Ziel

akzeptiert und entsprechend gehandelt wird. Der Kapitalismus ist ein System der permanenten Geldvermehrung. Wenn diese unterbrochen wird, dann gerät das System in die Krise. Deshalb müssen Abermilliarden Euro in ein System gepumpt werden, damit es am Leben erhalten wird. Autos werden abgewrackt, nicht weil sie alt und fahruntüchtig wären, sondern damit neue gekauft werden und der Prozess der Geldvermehrung in Gang bleibt.

Wie im Lehrbuch schreibt die Unternehmerdenkschrift: „In einem Ordnungsrahmen, der sowohl scharfen Wettbewerb wie auch sozialen Ausgleich sichert, kann dieses Streben nach persönlichem Wohlergehen zugleich zum Wohlstand aller führen.“ (43) Wer sind die Opfer des „scharfen Wettbewerbs“? Dass der Wettbewerb sich zu einem Guten für alle summiert ist eine religiöse Glaubensüberzeugung, die durch keine Realität belegt ist. Diese „unsichtbare Hand“ ist nichts anderes als das deistische Vertrauen auf einen Gott, der sogar das Übel der Habgier zu einem Gut für alle summieren lässt. Der Ökonom Alexander Rüstow nennt dies eine „heidnische, deistische Theologie“. Georg Wunsch, Verfasser der ersten Evangelischen Wirtschaftsethik, wird zwar in der Literaturliste der Denkschrift aufgeführt. Man hätte ihn aber auch zitieren sollen, denn er nennt die ökonomische Harmonieerwartung der unsichtbaren Hand, „einen recht kräftigen Glauben“. Das Vertrauen auf die „unsichtbare Hand“, die angeblich Harmonie zwischen dem Streben nach persönlichem Vorteil und dem Gemeinwohl herstellt, ist der ideologische Kern der Religion des Marktes. Sie steht in direktem Gegensatz zum Vertrauen auf den befreienden Gott der Bibel.

Wenn der Börsenwert einziger Maßstab ist und allein die Interessen der Kapitalanleger zählen, dann regiert ein zerstörerischer Egoismus. Die Wirtschaft ist aber nichts anderes als ein Mittel, angemessene Bedingungen für die Entwicklung des Menschen zu schaffen, aber kein Selbstzweck. Deshalb heißt es zu Recht im Wort der EKD zur Wirtschaftskrise: „Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaftssystem unmenschlich.“ Vertrauen auf die „Unsichtbare Hand des Marktes“ wurde jahrelang gepredigt. Dass der Markt ohne rechtliche und politische Schranken überhaupt funktionieren kann, widerlegt die Krise. „Verantwortung“ ist der ethische Gegenbegriff zum Marktgläubigkeit. Wenn „Verantwortung“ als Schlüssel gewählt

wird, besteht die Gefahr einer individualistischen Verengung. Wir haben eine Systemkrise des Kapitalismus und nicht Probleme mit verantwortungslosen Eliten. Die Manager und Banker waren verantwortungslos gierig – so eine häufige Kritik. Gier ist keine individuell zurechenbare Untugend sondern strukturell bedingt: Deshalb kann man sie auch kaum den Banken vorwerfen, die sich gemäß den Regeln des Systems verhalten haben.

Heino Falcke hatte 1972 vor der Synode keine Gesellschaftsprognose gegeben, sondern eine Handlungsmotivation formuliert: Wir sollten den real existierenden Sozialismus (auch nach Prag 1968!) nicht loslassen mit der tätigen Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus. Diese Hoffnung sollte aktivieren, während die Diagnose „unverbesserlich“ lähmte. Die Arbeit an der gesellschaftlichen Veränderung musste dann freilich die wunden Punkte der Gesellschaft und die Fehler des Systems immer wieder benennen und bearbeiten und so trug die Arbeit an der Verbesserung des Sozialismus schließlich im Herbst 1989 zu seiner Revolutionierung bei.

Davon sollte wir heute lernen. Gerade Christen und Christinnen aus der DDR haben eine Schatz von Erfahrungen, den Christen aus dem Westen nicht haben. Diesen Schatz an Erfahrungen können Sie in unsere jetzige Lage einbringen. Die Arbeit an einem verbesserlichen Kapitalismus ist sinnvoll, geboten und nötig. Auch diese Zeit der Krise des Kapitalismus steht unter der Verheißung und dem Gebot Christi. In dieser Perspektive wird sie freilich unausweichlich auf die systemischen Widerstände des Kapitalismus stoßen und den Widerspruch dagegen auch thematisieren müssen. Diesen Konflikt gilt es anzunehmen und aktiv durchzustehen und dann abzuwarten, was dabei aus dem System des Kapitalismus regional und global wird – Zählung, Überwindung, Revolutionierung, Implosion oder Transformation.

VI. Kirche an der Seite der Opfer

Das System des globalisierten Kapitalismus scheint unbesiegbar, trotz der aktuell weltweiten Krise des neoliberalen Systems. Die Kräfte im Ringen um Gerechtigkeit sind extrem ungleich verteilt. Das Wirtschaftssystem macht Hunderte Millionen Menschen überflüssig. Das Selbstbehauptungsvermögen und die Kampfkraft der Ausgegrenzten erscheinen gering. Der weltweite Triumph des neoliberalen Systems lädt zum Resignieren ein, zum Aufgeben, Sich-Abfinden oder gar zum Zynismus. In dieser gleichsam biblischen Notlage die Hoffnung wachzuhalten, den Glauben, die

gefährliche Erinnerung der biblischen Befreiungsgeschichte und, vor allem, die Liebe nicht zu verlieren, sondern stärkend weiterzugeben, in Gemeinschaft - darin erblicke ich die große spirituelle Aufgabe der Kirche heute.

Fragen wir einmal direkt: Welche Kirche braucht Gott für unser Land? Dient sie der Heilung und dem Heil dieser Gesellschaft, die durch soziale Entsicherung und Finanzkrise doppelt verwundet wurde? Reicht es eine samaritanische Kirche zu sein, die den Opfern, die unter die Räuber gefallen sind, die Wunden verbindet und Tafeln organisiert? Das Engagement einer samaritanischen Kirche, die sozialstaatlichen Defizite durch Werke der Barmherzigkeit nur auffüllen würde, wird zwar als innovatives Element einer aktiven Bürgergesellschaft gefeiert, ermöglicht aber erst den Abbau von Sozialstaat und sozialen Rechten. Sie will in der Not helfen, gerät aber dabei in eine Barmherzigkeitsfalle und begleitet den sozialpolitischen Rückschritt von der Armutsbekämpfung zur Armenfürsorge.

Eine Kirche, die sich allein auf das Hilfeethos der Barmherzigkeit beschränkte und Tafeln oder Sozialkaufhäuser als Hilfe gegen die Not organisieren würde, verkürzt die biblische Botschaft. Und sie steht in der Gefahr, in eine Falle der Barmherzigkeit zu geraten. Barmherzigkeit ist eine Lehnübersetzung der frühen Germanenmissionare aus dem lateinischen *misericordia*, „ein Herz für die Armen haben“. Biblisch ist Erbarmen keineswegs ein bloßes Gefühl. Sie äußert sich in einer konkreten Tat.

Der katholische Theologe Johann Baptist Metz spricht davon, dass Jesu erster Blick nicht der Sünde der Menschen und auch nicht den theologischen Fragen galt, sondern dem Leid der Anderen. Er nennt die biblische Mitgift jene „*Compassio*“ einer elementaren Leidempfindlichkeit, die die Augen öffnet, mitleidet und mit aller Kraft und Passion sich an die Seite derer stellt, die schwer zu tragen haben und in Not sind. Diese Passion wird zu einer Com-passio, einer „leidempfindlichen Weltverantwortung“. Sie ist nicht Mitleid, auch keine unpolitische Empathie. Die *Compassio* sieht das Leid und sucht deshalb nach der Gerechtigkeit. Die *Compassio* hat einen kategorischen Imperativ. Er lautet: Augen öffnen. „Sie hin und du weißt!“ (Hans Jonas) Die Erfahrung jenes Gottes, von dem die Bibel spricht, gibt es nicht ohne das Hinschauen.

Dietrich Bonhoeffers Vision einer „Kirche für andere“ wurde zum Motto für eine Kirche, die der Stadt Bestes suchen will. „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen,“ hielt er den vermeintlich unpolitisch Frommen seiner Tage entgegen. Das Singen des Chorals wollte er verbunden wissen mit dem Tun des Gerechten – und umgekehrt. Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen. Diese Satz Bonhoeffers für unsere Zeit übersetzt lautet: Nur wer für die Rechte der arm gemachten Hartz IV Empfänger offen eintritt, der darf gregorianisch singen.

Was aber macht eine diakonische Kirche aus? Auf die Frage nach der rechten Umgang mit der Spaltung der Gesellschaft verweist die Bibel nicht auf den Samariter, jener Urgestalt helfender, diakonischer Zuwendung zu Menschen in Not. Wie es um Armut und Reichtum steht und welche Antwort darauf zu geben ist, hören wir in der Geschichte vom armen Lazarus und dem reichen Mann. Uns wird gesagt, auf Mose und die Propheten zu hören (Lk 16,19ff). Auch wir leben wieder in einer Lazarusgesellschaft. Was aber bekommen wir zu hören, wenn wir heute auf Mose und die Propheten hören wollen? „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir fordert. Nichts anderes als Recht zu üben und die Güte zu lieben und in Einsicht mit deinem Gott zu gehen.“ (Micha 6,8) Prophetische Kritik benennt Unrecht beim Namen, reicht aber nicht aus. Prophetische Kritik muss in ein verbindliches mosaisches Sozialrecht eingehen, das die Armen nicht zu Almosenempfängern sondern zu Rechtsträgern macht, und zugleich die Reichen in Pflicht nimmt.

Zur Wahrheit gehört, über den Opferkapitalismus zu sagen. „*Was ihr den Armen geraubt, ist in eurem Hause.*“ - es lohnt sich die Konkretheit Jesajas (3,14) zumindest probeweise durchzuhalten. Die Ströme des Reichtums von unten nach oben gibt es auch heute. Zur diakonischen Aufgabe an der Gesellschaft wird dann, diese Ströme zu benennen. Es geht nicht um Verteilung eines Mangels, sondern des wachsenden Reichtums. Armut ist in unserer reichen Gesellschaft ein Skandal, der vermieden werden kann und vermieden werden muss. Niemand bräuchte in Armut zu leben!

Im Sozialwort der Kirchen heißt es: „(107) In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles

Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Die biblische Option ... verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.“

Das ist das sozialetische Programm der Kirche mit den drei Aufgaben:

- Die Option für die Armen konkretisiert die Einheit von Gottes – und Nächstenliebe.
- Option für die Armen heißt: Die Armen sind der Maßstab.
- Die Option für die Armen heißt: Verpflichtung zu einem Solidaritätsprojekt, das zu Allianzen der Solidarität anstiften will.

Biblisch inspirierte Gerechtigkeit fragt deshalb:

- Warum sind Menschen arm? Wer macht sie arm?
- Wer ist reich und warum? Wer macht sie reich?
- Warum gibt es mitten im Wohlstand öffentliche Armut?

Was fordert eine solche diakonische Solidarität? Die Armen brauchen Recht und Gerechtigkeit, keine Almosen. Solange aber die Politik in ihrer Aufgabe versagt, Armut und sozialstaatliche Unterversorgung in einem reichen Land zu vermeiden, braucht eine diakonische Kirche eine Doppelstrategie: in der Not helfen und politisch alles tun, aus der Not heraus zu helfen. Das aber kann sie nur, wenn sie zu einer Gerechtigkeitsbewegung wird.

In immer mehr Orten werden Tafeln für die Bedürftigen gegründet. Es ist gut, dass Kirchen und die Diakonie in vielen Fällen diese Initiativen tragen und fördern. Doch bei allem müssen wir sagen: So wichtig diese Arbeit ist, sie ist ein Skandal für eine reiche Gesellschaft, die den Armen nur vom Überfluss abgibt. Die Armen und Benachteiligten in unserem Land brauchen Gerechtigkeit und keine Almosen. Doch solange die Politik ihre Aufgabe nicht tut, Armut in diesem reichen Land zu vermeiden, müssen wir Not vor Ort und konkret lindern und Tafeln aufbauen. Jede Tafel ist ein Protest gegen einen unwürdigen Zustand von Armut im Reichtum.

~~wenn etwa der frühere Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement Ungleichheit einen „Katalysator ... für individuelle und auch gesellschaftliche~~

~~Entfaltungsmöglichkeiten“ nennt. Nicht Gerechtigkeit wird als unmodern abgetan, gilt sogar kontraproduktiv, denn Ungleichheit führt zu mehr Arbeits- und Wirtschaftsleistung. Ungleichheit ist also ökonomisch nützlich.~~ Da die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen ist politisch gemacht ist und nicht durch das Fehlen von Barmherzigkeit entstanden ist, kann diese Ungleichheit auch nicht durch Werke der Barmherzigkeit bekämpft werden. Auf Mose und die Propheten zu hören, heißt Barmherzigkeit und Gerechtigkeit zusammen zu halten. Eine samaritanische Kirche, hilft in der Not, nicht aber aus ihr heraus. Eine diakonische Kirche aber wird beides zusammenhalten: in der Not helfen und dafür sorgen, dass Menschen zu ihrem Recht kommen. Auf Mose und die Propheten zu hören, heißt Unrecht beim Namen zu nennen, sich anwaltschaftlich für die Interessen der Armen einmischen und für Recht und Gerechtigkeit zu sorgen. Der Schlüssel für Recht und Gerechtigkeit ist die Stärkung und der Ausbau des Sozialstaates.

Die evangelische Kirche hatte im 19. Jahrhundert gelernt, dass die Wohltätigkeit einer samaritanischen Kirche a lá Rettungshäuser von Wichern kein Beitrag zur Armutsbekämpfung sind. Aus lutherischen Ethos heraus hat sie deshalb den Staat als Sozialstaat in Pflicht genommen. Er und sonst niemand ist für das Gemeinwohl zuständig und in der Lage für sozialen Ausgleich zu sorgen. Hinter diese genuin protestantische Einsicht darf die Kirche in Zeiten des Rückbaus des Sozialstaates nicht zurückgefallen. Das Engagement einer samaritanischen Kirche, die sozialstaatlichen Defizite nur auffüllen würde, wird zwar als innovatives Element einer aktiven Bürgergesellschaft gefeiert, ermöglicht aber erst den Abbau von Sozialstaat und sozialen Rechten. Sie will in der Not helfen, gerät aber dabei in eine Barmherzigkeitsfalle und begleitet den sozialpolitischen Rückschritt von der Armutsbekämpfung zur Armenfürsorge.

Die Wirtschaftskrise ist eine Zeit für eine Renaissance des Sozialstaates, weil er jetzt mehr und nicht weniger gebraucht wird. Dies bedeutet – nicht allein einen Rettungsschirm für die Banken sondern auch einen Rettungsschirm für die Menschen zu spannen, besonders die Armen. Investition in den Sozialstaat bedeutet zusätzliche Beschäftigungsfelder im Bereich der Gesundheit, Pflege, Therapie, Bildung zu schaffen und umweltverträgliche Verkehrssysteme auszubauen. Beides würde die Lebensqualität der Menschen und das Gemeinwohl stärken, aber auch

dem Kasinokapitalismus Spielgeld entziehen. Ein ausgebauter Sozialstaat würde mehr Tafeln erübrigen, als eine barmherzige Kirche überhaupt organisieren könnte!

Die Armen brauchen Recht und Gerechtigkeit, keine Almosen. Solange aber die Politik in ihrer Aufgabe versagt, Armut und sozialstaatliche Unterversorgung in einem reichen Land zu vermeiden, braucht eine diakonische Kirche eine Doppelstrategie: in der Not helfen und politisch alles tun, aus der Not heraus zu helfen. Das aber kann sie nur, wenn sie zu einer Gerechtigkeitsbewegung wird.